

WOLFGANG SCHÄUBLE

„Mein Verbündeter ist das Grundgesetz“

Der Bundesfinanzminister über Wege aus der Schuldenkrise, den Sozialstaat und moralische Kategorien in der Finanzpolitik

Daniel Goffart, Gabor Steingart
Berlin

Handelsblatt: „Das hemmungslose Schuldenmachen kann so nicht weitergehen.“ Herr Schäuble, erinnern Sie sich, von welchem Finanzminister der Satz stammt?
Wolfgang Schäuble: Ich glaube, das hat so oder so ähnlich fast jeder Finanzminister schon mal gesagt. Richtig?

Große Koalition hat ihn sehr ernst genommen. Angela Merkel und der damalige SPD-Finanzminister Peer Steinbrück haben hier gute Arbeit geleistet. Vor der Krise, in den Jahren 2007 und 2008, war die gesamte staatliche Neuverschuldung auf null gesunken. Ohne die Krise hätten wir im kommenden Jahr sogar einen ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung erreicht.

Handelsblatt: In diesem Fall stammt das Zitat von ihrem Parteifreund Gerhard Stoltenberg, dem ersten Finanzminister der Regierung Kohl. Aber Sie haben recht: Seither wird immer wieder gemeint – nur das Schuldenmachen geht weiter.
Schäuble: Wir haben jetzt in der Bundesregierung eine Schuldenbremse beschlossen, und das ist nicht einfach nur ein Gesetz, sondern eine verfassungsrechtliche Vorgabe. Die entfaltet zwingend ihre Wirkung. Da gibt es keine Interpretationsspielräume. Diese Schuldenbremse verlangt: Die Haushalte von Bund und Ländern müssen grundsätzlich ohne die Aufnahme von Schulden auskommen. Für den Bund gilt das spätestens ab 2016.



Morgen in der Zeitung

- » Amerika – Supermacht der Schulden
- » Harvard-Studie „Schuldenstaat bremst Wachstum“
- » Professor Robert Shiller im Interview
- » Kommentar Franziska Augstein „Emanzipation von Amerika“

Morgen Online

- » Interaktives Staatsschulden-Tool: G-20 im Vergleich
- » Die Dollar-Bombe: Kann der Greenback seinen Status als Leitwährung behaupten?

herunter - Punkt, aus.

Handelsblatt: Das heißt, Sie müssen bis 2016 jedes Jahr zehn Milliarden Euro einsparen. Wo wollen Sie beginnen?
Schäuble: Ich habe viele Ideen, aber keine, die ich Ihnen jetzt verraten würde.

Handelsblatt: Weil Sie die Wähler

vor der Landtagswahl in NRW nicht erschrecken wollen?
Schäuble: Im Juni wird die Bundesregierung die mittelfristige Finanzplanung vorlegen, und dann wissen wir mehr. Der erste Schritt ist übrigens nicht so dramatisch. Wir konnten bereits jetzt den Zuschuss für die Bundesagentur für Arbeit um vier Mrd. Euro zurückführen, weil die Prognosen günstiger ausfielen. Damit will ich sagen, dass zehn Milliarden Euro Einsparungen nicht außerhalb jeder Vorstellung liegen.

Handelsblatt: Gibt es für Sie Tabus auch heilig?
Schäuble: Da müssen wir uns die anderen Sozialversicherungszweige ansehen. Bei der Bundesanstalt für Arbeit ist durch die erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik nicht viel Sparpotenzial drin. Bleibt die Gesundheitspolitik und die Frage, ob es dort Spielräume gibt. Ich setze hier auf die Reformarbeit des neuen Gesundheitsministers.

Handelsblatt: Ist der Sozialstaat auch heilig?
Schäuble: Der Sozialstaat als Idee steht nicht zur Disposition. Aber das bedeutet nicht, dass man ihn immer mit der gleichen Menge an Geld finanzieren muss. Entscheidend ist das Ergebnis.

Handelsblatt: Die Sozialleistungen der öffentlichen Hand inklusive der Sozialversicherungen umfassen eine Billion Euro pro Jahr. Das meiste davon ist den Bürgern als Rechtsanspruch garantiert. Wo wollen Sie ansetzen?
Schäuble: Der Betrag klingt gewaltig. Wenn man ihn durch 80 Millionen Einwohner teilt, kommt man auf 12 500 Euro pro Kopf. Damit müsste sich Armut eigentlich vermeiden lassen. Aber in diese Zah-

len fließen auch die Renten ein, und die stehen nicht zur Disposition, auch wenn die Hälfte des Bundeshaushalts in Zuschüsse zur Rentenversicherung und in familienpolitischen Leistungen fließt. Aber in diesem Bereich sind wir festgelegt, weil wir die Renten nicht kürzen wollen.

Handelsblatt: Also: Wo kann man dann sparen?
Schäuble: Da müssen wir uns die anderen Sozialversicherungszweige ansehen. Bei der Bundesanstalt für Arbeit ist durch die erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik nicht viel Sparpotenzial drin. Bleibt die Gesundheitspolitik und die Frage, ob es dort Spielräume gibt. Ich setze hier auf die Reformarbeit des neuen Gesundheitsministers.

Handelsblatt: Und höhere Steuern, wie sie der Bundespräsident ins Spiel gebracht hat?
Schäuble: Wir sollten den Bundespräsidenten nicht in tagesaktuelle Fragen verwickeln. Ich glaube, Steuererhöhungen wären in dieser fragilen wirtschaftlichen Situation Gift. Nein, wir müssen in den großen Ausgabeblocken zu strukturellen Reformen kommen und bei den kleinen Posten konsequent sein. Deshalb darf es im öffentlichen Dienst keine Steigerung von Personalausgaben geben. Jeder muss sich an seine Vorgaben halten ...

Handelsblatt: ... was aber keiner tut. Ihre Ministerkollegen liegen mit Ihren Wünschen für 2011 schon jetzt 25 Prozent über den Vorgaben.

Schäuble: Das gehört zum Spiel. Aber das wird nicht so bleiben. Das verspreche ich Ihnen.

Handelsblatt: Die Staatsverschuldung macht nach neuen Umfragen vielen Bürgern mehr Sorge als die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes. Bedeutet das Rückenwind für den Finanzminister?
Schäuble: Ich bin froh über diesen Trendwechsel. Die beste Unterstützung für einen Finanzminister ist das Grundgesetz und eine öffentliche Meinung, die auf eine Verringerung des Defizits setzt. Dann ist der Finanzminister auch nicht mehr der Erbsenzähler, der die anderen plagt und ärgert und dem man dann irgendwann sagt: „Lass mal gut sein, Hans“ wie damals Bundeskanzler Gerhard Schröder zu Hans Eichel. Vor uns liegen gewaltige Sparanstrengungen, und das kann ich alleine nicht schaffen.

Handelsblatt: Sie sind Konservativer und Protestant. Gibt es in der Finanzpolitik auch eine moralische Kategorie?
Schäuble: Natürlich, das Stichwort heißt Nachhaltigkeit. Sie ist nicht nur ein ökonomisches Prinzip, sondern drückt die Verantwortung aus, Dinge, die heute gelöst werden müssen, nicht zulasten anderer auf die lange Bank zu schieben.

Handelsblatt: Die Bankenkrise scheint vorbei, aber um neue Spielregeln für die Finanzindustrie wird noch gerungen. Die G20 hat den IWF beauftragt, eine Finanztransaktionssteuer zu prüfen. Ist das Vorhaben noch realistisch?
Schäuble: Eine globale Verständigung darauf scheint auf absehbare Zeit nicht möglich. Wir führen national in Deutschland eine Bankenabgabe ein, die sich aber von der

europäischen Stabilitätsregeln. Aus diesen Vorgaben werden wir eine Entscheidung bilden.

Handelsblatt: Wenn Sie wollen, ist die Bankenabgabe die jetzt sinnvolle und realistische Lösung. Eine Finanztransaktionssteuer macht doch wenig Sinn, wenn sie nicht wenigstens in den wichtigsten Ländern eingeführt wird. Danach sieht es im Moment nicht aus. Beide Instrumente nebeneinander sehe ich in Deutschland daher derzeit nicht.

Handelsblatt: Wenn die Banken künftig nur für ihre eigene Vorsorge zahlen, wird ihnen dann nicht die Übernahme eines Teils der bereits eingetretenen Krisenschäden erspart?
Schäuble: Wir haben uns in der Koalition dafür entschieden, im Gegensatz zu den USA nicht die Kosten der letzten Krise, sondern die Vorsorge für künftige Krisen zum Gegenstand der Abgabe zu machen. Das ist von Land zu Land unterschiedlich, weil auch die Folgen der Krise in den EU-Staaten sehr voneinander abweichen. Die Abgabe in Deutschland ist so bemessen, dass sie den Banken einen zumutbaren Betrag abverlangt, die Funktionsfähigkeit des Finanzsektors als Kreditgeber aber nicht gefährdet.

Handelsblatt: Die Bankenabgabe ein, die sich aber von der

europäischen Stabilitätsregeln. Aus diesen Vorgaben werden wir eine Entscheidung bilden.



Dietrich Creutzburg
Berlin

Die alternde Gesellschaft treibt den Sozialetat. Der ist in Deutschland ohnehin schon größer als anderswo.

Ein Gespenst geht um in Europa - und hat sich zunächst ausgerechnet nach Großbritannien verirrt: Erstmals in der jüngeren Geschichte requirierte die britische Regierung im Krisenjahr 2009 mehr als die Hälfte der Wirtschaftsleistung ihrer Bürger für den Staat. Deutschland schlüpfte dagegen mit 48 Prozent Staatsquote gerade noch unter dem Schwellenwert durch, der einst als untrügliches Zeichen für Sozialismus galt.

Glück gehabt, mag sich die Bundesregierung denken, die schwarz-gelbe zumal. Doch für ein befreites Aufatmen gibt es nicht den geringsten Grund. Das liegt daran, dass der deutsche Staatshaushalt die Etats der meisten EU-Nachbarn in einem wichtigen Punkt übertrifft: Er leidet traditionell einen besonders hohen Anteil der Wirtschaftsleistung in den Sozialbereich - genau dorthin, wo die Alterung der Gesellschaft zukünftig die Ausgaben am stärksten in die Höhe treiben wird.

Der jüngste Sozialbericht der Regierung verdeutlicht die Dimensionen: Bund, Länder, Kommunen und Sozialkassen investierten hierzulande im vergangenen Jahr mehr als 750 Mrd. Euro für soziale Zwecke. Das allein entspricht knapp einem Drittel des Bruttoinlandsprodukts und sogar zwei Drittel aller öffentlichen Ausgaben.

Das bittere Erwachen ist damit quasi schon programmiert: Anders als krisenbedingte Ausgaben, die derzeit weltweit die Etats belasten, kann man Sozialausgaben nicht einfach demnächst wieder streichen. Sie steigen vielmehr speziell in alternden Gesellschaften mit fast unbändiger Macht immer weiter an.

Ob Rente, ob Gesundheit: Steigende Ausgaben gelten bereits als gesetzt

Welche Kräfte hier am Werk sind, lehrt schon die Rückschau: Binnen eines Jahrzehnts hat sich das jährliche Gesamtvolumen der deutschen Sozialausgaben um 130 Mrd. Euro oder mehr als ein Fünftel erhöht. Auch inflationsbereinigt bleibt noch ein Anstieg um 20 Mrd. Euro pro Jahr. Größte Ausgabenstreiber im Zehn-Jahres-Vergleich: Leistungen für Arbeitslose (plus 38 Prozent), Pflegeversicherung (plus 36), Krankenkassen (plus 30).

Ausgerechnet die Position Rente nimmt sich bisher fast bescheiden aus (plus elf Prozent). Nur: Dort liegt die Ausgabenexplosion ja noch vor uns. Nach amtlicher Vorausschätzung steigen die jährlichen Rentenausgaben im neuen Jahrzehnt um mindestens 25 Prozent - obwohl die Große Koalition immerhin bereits die „Rente mit 67“ ins Gesetz geschrieben hat. Zwar glaubt die Regie-

rung trotz Krise weiterhin, dass sie den Beitrag zur Rentenversicherung bis 2020 ohne neue Einschnitte auf 20 Prozent des Bruttolohns begrenzen kann. Billiger wird es damit aber keinesfalls - weder für die Beitragszahler, noch für den Bundesetat, der schon in diesem Jahr 81 Mrd. Euro Steuergeld zuschießt.

Auch im Gesundheitswesen gelten steigende Ausgaben als gesetzt - selbst für die schwarz-gelbe Koalition: Ihr erklärtes Hauptziel ist es, die Mehrkosten des medizinischen Fortschritts und der Demografie anders zu finanzieren - damit die Krankenkassenbeiträge wenigstens den Faktor Arbeit nicht immer mehr belasten. Doch das wird künftig eher immer mehr Steuergeld erfordern, nicht weniger. Und zwar unabhängig davon, ob die umstrittene Gesundheitsprämie kommt oder nicht. Auswege, die den Staat entlasten, sind zwar denkbar. Sie liegen aber

bislang noch weit jenseits aller politischen Horizonte: Abschied von der Fiktion einer gleichwertigen Versorgung für alle, rabiate Leistungskürzungen und das politische Eingeständnis, dass Menschen mit kleinem Einkommen auch einmal auf der Strecke bleiben könnten.

Umso mehr Hoffnung im rauen Ausgabenkonzert weckt daher zumindest der Arbeitsmarkt: Bis 2030, schätzt das Statistische Bundesamt, könnte die Zahl der Deutschen im Erwerbsalter um rund fünf Millionen oder gut zehn Prozent sinken. Wird das nicht auch die Arbeitslosigkeit und den Bedarf an staatlicher Hilfe senken? Im Prinzip ja - aber nur mit großen Vorbehalten.

Der Arbeitsmarkt hält allerlei trügerische Hoffnungen bereit

Rein rechnerisch entlastet ein Rückgang der Arbeitslosigkeit um 100 000 Personen die Steuer- und Beitragskasse um etwa eine Mrd. Euro. Gäbe es nur noch zwei bis zweieinhalb Millionen Arbeitslose, könnte theoretisch also auch das zugehörige Budget um rund ein Drittel schrumpfen. Das wären mehr als 30 Mrd. Euro pro Jahr.

Das Problem ist nur: Je weniger Arbeitskräfte da sind, desto schwerer findet die hochspezialisierte deutsche Industrie geeignetes Personal. Und verlagert dann womöglich wichtige Entwicklungsbereiche ins Ausland. Nicht grundlos warnen Arbeitsmarktforscher vor einem brisanten „Mismatch“: Hunderttausende unbesetzte Stellen - während zugleich Hunderttausende geringqualifizierte arbeitslos bleiben und weiter Sozialleistungen brauchen.

Das Gegenrezept ist in aller Munde, aber auch nicht gratis: bessere Schulen, bessere Bildung. Der Staat muss also bei leeren Kassen erst noch investieren, bevor er die Rente in Form höherer Beschäftigung und höherer Einnahmen erhält. Sicher ist indes schon, dass er immer mehr Geld für die Pensionen seiner Beamten braucht. Da auch der öffentliche Dienst altert, werden sich die Versorgungsausgaben von Bund, Ländern und Kommunen bis 2030 voraussichtlich auf über 50 Mrd. Euro pro Jahr verdoppeln.

Ein Hebel zur fiskalischen Entlastung bliebe, falls die Früchte anderer Rosskuren auf sich warten lassen: Die Zahl der Rente müsste weiter verkürzt werden. Die „Rente mit 67“, die schrittweise bis 2029 kommen soll, müsste in Richtung „Rente mit 69“ getrieben werden. Auch das aber liegt noch weit jenseits des politischen Horizonts.

Nicht so weit hinterm Horizont lauert derweil das Gespenst der 50-prozentigen Staatsquote darauf, sich längerfristig in Deutschland einzunisten.



Finanzierung des Sozialstaats

